Landespräventionsrat
Niedersachsen

Geschäftsbericht

2024

Geschäftsbericht

2024

Inhalt

Vorwort ..... Seite 7

Geschäftsbericht für das Jahr 2024 zur Arbeit des Vorstandes ..... Seite 08

Geschäftsbericht für das Jahr 2024 zur Arbeit der Geschäftsstelle ..... Seite 14

Gewalt- und Suchtprävention bei Kindern und Jugendlichen ..... Seite 14

Häusliche Gewalt ..... Seite 15

Kommunale Prävention ..... Seite 18

Opferschutz ..... Seite 20

Radikalisierungsprävention, Demokratieförderung und Menschenrechte ..... Seite 22

- Koordinierungsstelle des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte ..... Seite 22
- Landes-Demokratiezentrum Niedersachen ..... Seite 26

Qualität und Qualifizierung in der Kriminalprävention ..... Seite 28

Sicherheit im Städtebau ..... Seite 30

Anhänge ..... Seite 32

I Mitgliederliste ..... Seite 32

II Vorstand ..... Seite 42

III Geschäftsführung ..... Seite 43

IV Organigramm – Struktur ..... Seite 43

V Leitbild und Ziele ..... Seite 44

Vorwort

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Unterstützer*innen und Engagierte der Prävention,

es ist mir eine große Freude, Ihnen heute den aktuellen und neuen Geschäftsbericht für das Jahr 2024 des Landespräventionsrats Niedersachsen präsentieren zu dürfen!

Der Geschäftsbericht stellt sich in neuem Format und übersichtlicher Aufmachung dar. Er präsentiert Ihnen die Aktivitäten des Landespräventionsrats Niedersachsen in all seinen Facetten. Der Geschäftsbericht demonstriert daher, dass der Landespräventionsrat nicht nur inhaltlich, sondern eben auch optisch mit der Zeit geht. Gerade im Berichtsjahr 2024 waren Vorstand und Geschäftsstelle intensiv in eine Überarbeitung und Pointierung der Leitgedanken, Zielsetzungen und Präsentation der Webseite involviert.

Die Darstellungen der jeweiligen Geschäftsbereiche lesen sich überaus eindrucksvoll mit ihrer ganzen Palette an Aktivitäten. Die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle haben ihr Ohr am Puls der Zeit und setzen sich mit beeindruckendem Engagement für die Prävention in Niedersachsen und unsere über 300 Mitgliedsorganisationen ein. Das Jahr 2024 kann als sehr erfolgreich für die Prävention in Niedersachsen bezeichnet werden. Überzeugen Sie sich selbst! Blättern und lesen Sie in dem Bericht! Wir würden uns über eine Rückmeldung zum Inhalt und zur Haptik freuen.

Mit einem großen Dank an die vielen haupt- und ehrenamtlich Engagierten der Prävention und allen Unterstützer*innen in Politik und Gesellschaft grüße ich Sie herzlich!

Ihre
Ute Ingrid Haas

Geschäftsbericht für das Jahr 2024 zur Arbeit des Vorstandes

Die Arbeit des Vorstandes des LPR Niedersachsen basiert auf der Geschäftsordnung des LPR (§ 4 der Geschäftsordnung).

Dementsprechend setzt sich der Vorstand aus 13 Vorstandsmitgliedern und der Vorsitzenden zusammen. Von den 13 Vorstandsmitgliedern sind sechs „gesetzt" – hier handelt es sich um die Vertreter*innen der jeweiligen Ministerien (MI Axel Brockmann, MK Thomas Castens, MJ Kirsten Böök, MWK Kurt Neubert, MS Frau Maaß bis 09/2024, Stephan Kassel ab 10/2024) und der Staatskanzlei (Jens Weißer bis 09/2024, Ute Heilmann ab 09/2024). Die weiteren sieben Vorstandsmitglieder rekrutieren sich aus dem Bereich der Kommunalen Mitgliedsorganisationen (3 Vorstandsmitglieder Melanie Blinzler, Hermann Lampen, Anke Wilken), der landesweit tätigen nichtstaatlichen Organisationen (NGO's) (3 Vorstandsmitglieder Anke Egblomassé, Ali Mustafa, Rainer Sonntag bis 01/2024, Thekla Lorenz ab 10/2024) sowie aus dem Bereich der im LPR vertretenen wissenschaftlichen Institutionen (1 Vorstandsmitglied Dr. Tanja Rusack).

Im Berichtsjahr 2024 waren vereinbarungsgemäß insgesamt 6 Vorstandssitzungen terminiert. Die Sitzungen fanden ausschließlich in Präsenz statt. Im Rahmen dieser Vorstandssitzungen wurden unterschiedliche Themen bearbeitet, die aufgrund ihrer Fülle und um Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten, tabellarisch aufgeführt sind. Der Vorstand kann für das Jahr 2024 eine beachtenswerte inhaltliche Arbeit vorstellen.

Sitzung Vorstand, 13.00 bis 16.30 Uhr	Themenfelder
Donnerstag, 18. Januar 2024	Vorstellung der niedersächsischen Angebote zum Ausstieg aus der rechtsextremen Szene (Dr. Stefan Tepper, Landes-Demokratiezentrum im Landespräventionsrat Niedersachsen; Frau Behrens und Dr. Christian Pfeil, zivilgesellschaftliche Ausstiegshilfe „Distance – Ausstieg Rechts"): die Angebote zum Ausstieg aus der rechtsextremen Szene sowie den praktischen Ablauf, die Arbeit bei der Beratungsstelle „Distance – Ausstieg Rechts" sowie das Thema „Frauen und Rechtsextremismus" Nachbereitung der Mitgliederversammlung 2023 Festlegung einer Arbeitsstruktur 2024 des LPR-Vorstands (mögliche zu bearbeitende Themen) Reflexion des LPR-Strategieworkshops 2022 in Loccum – hier speziell die Auseinandersetzung mit unserer Empfehlung für ein Landesprogramm zur Stärkung der kommunalen Prävention (evtl. Unterrichtung des Landeskabinetts durch Frau Justizministerin)
Donnerstag, 7. März 2024	Vorstellung des Niedersächsischen Landesbeauftragen gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens (LgA), Prof. Dr. Gerhard Wegner (Präsentation mit anschließendem Austausch) Festlegung einer Arbeitsstruktur 2024 des LPR-Vorstands – jetzt unter Berücksichtigung der von den Vorstandsmitgliedern benannten Themen Beschlussfassung zum Verfahren hinsichtlich der Nachwahl eines Vorstandsmitglieds aus dem Bereich der landesweit tätigen nichtstaatlichen Organisationen
Donnerstag, 25. April 2024	„Legalisierung von Cannabis i.S. des Konsumcannabisgesetzes (KCanG)": Darstellung der wichtigsten Regelungen und anschließender Austausch mit der Niedersächsischen Landesdrogenbeauftragten Bärbel Lörcher-Straßburg zu den Konsequenzen für die Prä-

ventionsarbeit. Die Diskussion und der Austausch mündeten in dem einstimmigen Beschluss, die Landesdrogenbeauftragte zu bitten, den ressortübergreifenden Facharbeitskreis Suchtprävention unter Hinzuziehung des ML zu reaktivieren. Bärbel Lörcher-Straßburg bedankt sich für die mit diesem Beschluss verbundene Rückenstärkung ihrer Arbeit. Die Reaktivierung des Facharbeitskreises Suchtprävention konnte in der Sitzung am 05. 06. 2024 verkündet werden.

Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2023 (Schwerpunkt: Entwicklung der Rohheitsdelikte sowie der Kinder- und Jugendkriminalität) mit anschließender Diskussion (Präsentation: MI)

Sachstand: Vorbereitungen des Jubiläums-Präventionstages „30 Jahre LPR" im Frühjahr 2025 – am Montag, 10. März 2025, wird der 14. NPT anlässlich des 30jährigen Bestehens des LPR als zentrale niedersachsenweite Großveranstaltung im HCC in Hannover stattfinden. Dieser Veranstaltung wird ein besonderer, interaktiv und partizipativ gestalteter Rahmen gegeben, auch um den erfolgreichen Einsatz vieler engagierter Menschen zu würdigen und gleichzeitig den Wert von Prävention noch nachvollziehbarer zu machen bzw. weiter zu stärken.

Sitzung Vorstand, 12.00 bis 15.30 Uhr / 16:30 Uhr

Mittwoch, 5. Juni 2024

Themenfelder

Präsentation mit anschließender Diskussion zum Thema „Demokratiegefährdende Entwicklungen – Herausforderungen und Handlungsoptionen für die kommunale Ebene" (Vortragende: Dr. Kirsten Minder, Referentin Geschäftsstelle LPR (KostLP); Dr. Menno Preuschaft, Referent Geschäftsstelle LPR (Landes-Demokratiezentrum); Melanie Blinzler, Geschäftsführerin Präventionsrat Oldenburg). Es wurden u. a. Elemente des Bundesprogramms „Demokratie leben!", Handlungsoptionen auf kommunaler Ebene sowie ein Beispiel aus dem Präventionsrat Oldenburg vorgestellt.

Im zweiten Teil des Themenblockes gab es eine Präsentation mit anschließender Diskussion zum Thema

„Hybride Bedrohungen und Desinformationskampagnen" (Vortragende: PHK'in Sonja Flemming, Nds. Ministerium für Inneres und Sport (Referatsteil Wirtschaftsschutz)

Informationen zu den Vorbereitungen der Jubiläumsveranstaltung „30 Jahre LPR" am 10. März 2025

Donnerstag, 19. September 2024

Beiträge zum Thema „Integration von Frauen mit Migrationsgeschichte in den Arbeitsmarkt" – 1. Elternbegleiterinnen und ihre Erfahrungen – zusammen mit Britta Kreuzer (LAG soz. Brennpunkte Nds. e.V. sowie Griffbereit und Rucksack KiTa), 2. aus der Praxis – „Community Café – mit Kunst und Kindern im Quartier Roderbruch" – zusammen mit Roudah Al-Taha (Teilnehmerin und Bewohnerin), Maria Garcia (Projektumsetzung) und Jannika Huesmann (LAG soz. Brennpunkte Nds. e.V.), 3. Input zum Schwerpunkt ländlicher Raum: Rahmenbedingungen und Lösungsansätze (Anke Egblomassé)

Austausch über den Umgang mit Anträgen unabhängiger / außeruniversitärer Forschungsinstitute auf Mitgliedschaft im LPR

Fortführung der Organisationsentwicklung der LPR-Geschäftsstelle

Beschluss über den Antrag auf LPR-Mitgliedschaft des Kommunalen Präventionsrates der Stadt Haselünne

Mittwoch, 13. November 2024

Themenblock „Möglichkeiten u. Wege der wissenschaftlichen Aufarbeitung von (sexualisierter) Gewalt am Beispiel des Wirkens von Helmut Kentler (...)": Vorstellung der Transferstelle und Vorstellung der „Aufarbeitungsprozesse" durch die jeweiligen Projektteams.

Verabschiedung von Förderempfehlungen zu den Förderanträgen 2025/2026 (Richtlinien: „Prävention des sexuellen Missbrauchs an Kinder und Jugendliche"; „Förderung der Weiterentwicklung der Kriminalprävention im Rahmen kommunaler Gesamtstrategien"; „Prä-

vention von Beleidigungen, Drohungen, Hass, Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger*innen“)
Rückblick und Auswertung der MV 2024

Stand der Vorbereitungen für die Jubiläumsveranstaltung „30 Jahre LPR in Niedersachsen“

Eine kleine Auswahl an „Sonstigen Aktivitäten“

Aktive Teilnahme des LPR an einem ressortübergreifenden Fachtag „Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen“ am 11. April 2024, eingeladen hatte das MK. Die vier Minister*innen aus MK, MJ, MI und MS haben daran teilgenommen sowie die LPR-Vorsitzende und die Vorsitzende des Landesschülerrates. Der Fachtag griff die Entwicklung der Kinder- und Jugendgewalt auf und war der Frage nachgegangen, welche Maßnahmen erforderlich seien, um Kindern und Jugendlichen die Kompetenzen zu vermitteln, die ihnen ein erfolgreiches, gewaltfreies Leben ermöglichen. Eine Fortsetzung in zwei Jahren folgt.

Aktive Teilnahme mit Vorstellung der Koordinierungsstelle Häusliche Gewalt am 15. Symposium des LKA zum Themenfeld „Gewalt gegen Frauen – Schutz durch Prävention in Niedersachsen“ am 06. Juni 2024.

Die nachfolgenden Berichte aus der Geschäftsstelle erscheinen in alpabetischer Reihenfolge.

Geschäftsbericht für das Jahr 2024 zur Arbeit der Geschäftsstelle

Gewalt- und Suchtprävention bei Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche sollen gewaltfrei, gesund und sicher aufwachsen können - das ist eines der wichtigsten Ziele in der Prävention und ist in unserem Leitgedanken als Landespräventionsrat Niedersachsen tief verankert.

Neben der Förderung von sozialen, emotionalen und kognitiven Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen spielen positive Rahmenbedingungen innerhalb der Familie, den Bildungseinrichtungen und im sozialen Umfeld eine zentrale Rolle der Prävention von Verhaltensproblemen von Kindern und Jugendlichen. Den Kommunen und ihren Bildungseinrichtungen kommt im Rahmen der Präventionsarbeit eine besonders herausgehobene Bedeutung zu, denn Probleme zeigen sich zuerst dort, wo die Menschen leben – in ihrer Kommune.

Der LPR unterstützt die Akteur*innen daher bei der Weiterentwicklung der Prävention bei Kindern und Jugendlichen wie folgt:

Welche Programme und Maßnahmen sind geeignet, um Gewalt, Substanzmissbrauch und anderen Verhaltensproblemen effektiv vorzubeugen? Dafür wurde die Empfehlungsliste Grüne Liste Prävention entwickelt, um einen Überblick über alle auf Wirksamkeit überprüften Präventionsprogramme in diesem Feld zu erhalten.

Grünes Licht für Prävention
GRÜNE LISTE PRÄVENTION

Wie kann die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteur*innen auf der kommunalen Ebene zielgerichteter und wirksamer gestaltet werden? Dafür bietet der LPR den Kommunen in Niedersachsen die Planungsmethode „Communities That Care“, kurz CTC, an und kooperiert mit anderen Einrichtungen auf Landesebene in dem Fachverbund WIRkt!

CTC communities that care

Wichtige Aktivitäten im Jahr 2024

Die Grüne Liste Prävention wird laufend in Kooperation mit der Medizinischen Hochschule gepflegt, aktualisiert und weiter ausgebaut. Zusammen mit der „Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention“ haben wir ein neues Webportal, basierend auf der Grünen Liste, entwickelt. Der *Wegweiser Grüne Liste* bietet neue praxisnahe Suchkriterien für die empfohlenen Programme.

Die Anwendung der Planungsmethode *Communities That Care* (CTC) nimmt weiter zu. Derzeit arbeiten ca. 40 CTC – Standorte in Niedersachsen, in 2025 werden weitere Kommunen einsteigen. Als sehr hilfreich hat sich die Verknüpfung von CTC mit den vergleichbar aufgebauten schulbezogenen Strategien „Schools That Care“ (STC) und „Weitblick“ herausgestellt. Da jetzt Schulen individuell die Methode nutzen können, ist für Kommunen ein leichterer Einstieg mit einzelnen Schulen möglich. Eine weitere Variante von CTC haben wir mit dem inhaltlichen Schwerpunkt der Radikalisierungsprävention (CTC:RP) entwickelt und getestet. Dies geschah in enger Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle des „Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte“ im LPR. Sechs Modellstandorte zu CTC – Radikalisierungsprävention (RP) haben 2024 mit der Umsetzung gestartet.

In dem Fachverbund *WIRkt!* haben der Landespräventionsrat, das Landeskriminalamt Niedersachsen, der Gemeinde-Unfallversicherungsverband Hannover und das Niedersächsische Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung ihre Zusammenarbeit weiter vertieft. Es sind verschiedene Fortbildungsformate für schulische und kommunale Akteur*innen umgesetzt worden und Kommunen in der (Weiter-)Entwicklung integrierter Strategien zur Prävention bei Kindern und Jugendlichen beraten und unterstützt worden.

Häusliche Gewalt

KOORDINIERUNGSSTELLE HÄUSLICHE GEWALT

Zur Umsetzung des Aktionsplans des Landes Niedersachsen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich ist die Koordinierungsstelle „Häusliche Gewalt“ beim Niedersächsischen Landespräventionsrat eingerichtet worden. Im Rahmen der kontinuierlichen Bemühungen, häuslicher Gewalt entgegenzuwirken, kommt der Prävention eine entscheidende Bedeutung zu. Die Koordinierungsstelle „Häusliche Gewalt“ unterstützt daher Fachkräfte aus den Bereichen Polizei, Justiz, Beratungsstellen, Jugendhilfe und Gesundheitswesen. Unser Ziel ist es, die Interventions- und Präventionsarbeit vor Ort zu stärken. Dabei nimmt die Koordinierungsstelle eine zentrale Funktion in der Unterstützung von Fachstellen sowie kommunalen und überregionalen Netzwerken bei Aktivitäten im Kontext Intervention und häuslicher Gewalt ein und dient zudem als eine Informations- und Servicestelle.

Häusliche Gewalt,
Landespräventionsrat Niedersachsen

Wichtige Aktivitäten im Jahr 2024

Verabschiedung des Landesaktionsplan IV sowie Einrichtung einer Koordinierungsstelle gemäß Artikel 10 der Istanbul-Konvention

Am 12. März 2024 hat die Niedersächsische Landesregierung sowohl die Verabschiedung des Niedersächsischen Aktionsplans gegen Häusliche Gewalt und zur Umsetzung der Istanbul-Konvention – Verhütung und Bekämpfung von geschlechtsbezogener Gewalt (Landesaktionsplan IV) als auch die Einrichtung einer Koordinierungsstelle gemäß Artikel 10 der Istanbul-Konvention beschlossen.

Der Landesaktionsplan IV wurde auf Grundlage einer umfangreichen Evaluation des bislang gültigen Landesaktionsplan III gegen häusliche Gewalt in Paarbeziehungen (LAP III) entwickelt. Im Rahmen der Evaluation wurde die Wirksamkeit der Maßnahmen und Ziele des LAP III, basierend auf einer landesweiten Online-Befragung, von Fachkräften aus dem Hilfesystem untersucht und umfangreiche Handlungsempfehlungen für die weitere Umsetzung der Istanbul-Konvention in Niedersachsen formuliert. Somit beinhaltet der vierte Niedersächsische Aktionsplan gegen Häusliche Gewalt und zur Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von geschlechtsbezogener Gewalt mehrere Handlungsfelder, die sich an den Kapiteln der Istanbul-Konvention ausrichten: „Strafverfolgung und Opferschutzmaßnahmen", „Zivilrechtlicher Opferschutz", „Schutz und Unterstützung", „Kinder als (Mit)-Betroffene von häuslicher Gewalt", „Prävention und Bildung", „Landesstruktur und Ressourcen für ein koordiniertes Vorgehen". Zudem werden neben häuslicher Gewalt auch andere Gewaltformen in den Fokus genommen. Für jedes Handlungsfeld werden konkrete Ziele und Maßnahmen beschrieben, die ressortübergreifend umgesetzt werden sollen.

Die Koordinierungsstelle soll zukünftig im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung angesiedelt sein und von dort werden landesweit alle politischen und sonstigen Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung aller von der Konvention erfassten Gewaltformen (mit Ausnahme der Aufgaben der Koordinierungsstelle häusliche Gewalt im MJ/LPR) koordiniert, umgesetzt, beobachtet und bewertet sowie die Datenerfassung koordiniert und analysiert.

Die Koordinierungsstelle „Häusliche Gewalt" verbleibt mit ihren Tätigkeiten beim Landespräventionsrat Niedersachsen im Niedersächsischen Justizministerium.

Pilotprojekt zur Adaption des Schweizer Präventionsprogrammes „Herzsprung"

Der Landespräventionsrat Niedersachsen hat Mittel aus der politischen Liste für die Durchführung eines Pilotprojekts zur Prävention von Gewalt in Teenagerbeziehungen im Haushaltsjahr 2024 erhalten.

Ziel des Projekts ist es, die Adaption des Schweizer Präventionsprogrammes *Herzsprung – Freundschaft, Liebe, Sexualität ohne Gewalt* in Niedersachsen vorzubereiten und die Voraussetzungen für eine landesweite Umsetzung des Programmes zu schaffen. Das Programm dient der Förderung von Beziehungskompetenzen und eines respektvollen und gewaltfreien Umgangs in Paarbeziehungen für Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren. Langfristig strebt der Landespräventionsrat Niedersachsen eine landesweite Umsetzung des Programmes an. Das Programm wird mit Schulklassen durchgeführt und durch ausgebildete Herzsprung-Fachkräfte in gemischtgeschlechtlichen Teams moderiert. „Herzsprung" ist ein wirksamkeitsevaluiertes Programm und trägt nachweislich dazu bei, Gewalt in Teenagerbeziehungen zu reduzieren und der Gewalt in erwachsenen Paarbeziehungen langfristig vorzubeugen.

Zur operativen Umsetzung des Pilotprojektes wurde im April 2024 eine Kooperationsvereinbarung mit den Deutschen Kinderschutzbund Landesverband Niedersachsen e.V. (DKSB Nds.) geschlossen. Der DKSB Nds. verantwortet u.a. die Adaption der Herzsprung–Materialien, die Einrichtung eines begleitenden Fachbeirats und die Koordinierung der ersten Programmdurchläufe an Schulen in Niedersachsen.

Das Projekt wird auch in 2025 vom Kinderschutzbund, Landesverband Niedersachsen fortgeführt. Der Kinderschutzbund ist daher auch für Fragen zum Programm die originäre Ansprechorganisation.

Herzsprung,
Kinderschutzbund, Landesverband Niedersachsen

Digitale Fachtagung Betrifft: Häusliche Gewalt „An jedem dritten Tag – Femizide im Kontext Häuslicher Gewalt verhindern durch Wissen und Kooperation" 25./26. September 2024

Am 25. und 26. September 2024 veranstaltete der Landespräventionsrat Niedersachsen in Kooperation mit dem Niedersächsischen Sozial-, Innen-, Justiz- und Kultusministerium die 22. Fachtagung Betrifft: Häusliche Gewalt. Die Fachtagung fand in diesem Jahr digital statt und widmete sich vornehmlich dem Thema „Prävention von Femiziden im Kontext von Paarbeziehungen". Professorin Dr. Monika Schröttle gab in einem Vortrag einen Einblick in ihre Forschungsergebnisse zu Femiziden in Deutschland und Europa. Prof. Dr. Schröttler hat einen internationalen Blick auf das Thema geworfen mit Bezug zu dem Projekt FEM-UnitED und über ihr Engagement im European Observatory on Femicide informiert.

Als weiteren Fachbeitrag gab es eine Lesung von Asha Hedayati aus ihrem Buch „Die stille Gewalt". Die Autorin stand anschließend für ein moderiertes Gespräch zu ganzheitlichen Ansätzen zur Prävention von Femiziden und Gewalt gegen Frauen zur Verfügung.

Wir haben zudem ein umfangreiches Forenangebot, u.a. zum Leaking als Frühwarnsystem, zu der Frage, wie sich Femizide strategisch verhindern lassen könnten, zu innovativen Maßnahmen für einen besseren Schutz von Betroffen und zu den Auswirkungen von Femiziden auf Kinder entwickelt.

Unsere Fachtagung richtet sich an Frauenunterstützungseinrichtungen, Polizei, Justiz, Gesundheitswesen und Fachkräfte aus der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Unter dem Titel „Betrifft: Häusliche Gewalt" werden hier aktuelle Themen und Fragestellungen zur Intervention und Prävention von Gewalt in Beziehungen aufgegriffen und mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis diskutiert. Das Fachforum hat sich als Fachvernetzungsformat sehr bewährt und ist kontinuierlich nachgefragt.

Kommunale Prävention

Die kommunalen Präventionsräte stellen das Rückgrat für die gesamtgesellschaftliche Prävention in unserem Bundesland dar. In Niedersachsen bestehen rund 200 kommunale Präventionsgremien, die Mitglied im Landespräventionsrat sind. In diesen Gremien arbeiten unterschiedliche Akteur*innen zusammen, z.B. aus der Jugendarbeit, Kitas, Schulen, Kommunalverwaltung und -politik, Vereine, Polizei und Justiz. Sie alle eint die gemeinsame Zielsetzung unterschiedlicher Präventionsaspekte, z. B. eines sicheren und gewaltfreien Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen.

Neben der hauptamtlichen Arbeit ist das ehrenamtliche Engagement eine wichtige Säule der kommunalen Präventionsarbeit, die in Niedersachsen als Flächenland eines hohen Kooperationserfordernisses bedarf.

Die wertvolle Arbeit der kommunalen Gremien auch in Zukunft sicherzustellen, ist eine unserer wichtigsten Zielsetzungen im Landespräventionsrat. Die Geschäftsstelle des LPR unterstützt die kommunalen Präventionsgremien durch intensive fachliche und persönliche (Vor-Ort-) Beratung. Dabei werden strategische, inhaltliche und strukturelle Antworten zu Fragen wie Gründungsvoraussetzungen, Optimierung des laufenden Geschäfts bis hin zu gezielter Beratung bei der Konzeption und Umsetzung von Projekten erarbeitet. Der LPR kann für diese multiplen Bedürfnisse auf die Expertise seines landesweiten Präventionsnetzwerks zurückgreifen.

Als Erfolgsbedingung für kommunale Präventionsgremien erweist sich eine mit genügend Ressourcen ausgestatte, hauptamtliche Koordinationsstelle. Daher richten sich viele der Angebote der LPR – Geschäftsstelle auf die Stärkung, Qualifizierung und Vernetzung der kommunalen Koordinationsstellen. Weiterhin stehen Fördermittel für verschiedene Themenbereich der kommunalen Prävention zur Verfügung.

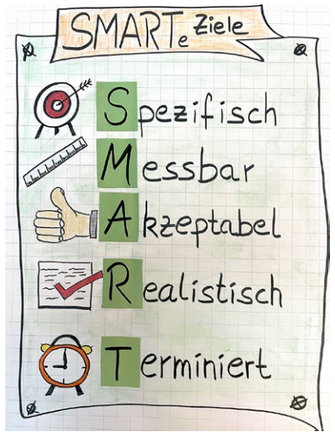
Wichtige Aktivitäten im Jahr 2024

Die Nachfrage nach individuellen Beratungen hat in 2024 weiter zugenommen. Häufig geht es dabei um die „Wiederbelebung" von Gremien nach den Einschränkungen der Corona-Pandemie. Daher werden häufiger Vor-Ort-Workshops zur Perspektiv- und Zielentwicklung von kommunalen Präventionsräten nachgefragt.

Zur Förderung und Würdigung der kommunalen Prävention lobt der LPR gemeinsam mit der Stüllenberg-Stiftung seit 2023 einmal jährlich einen Preis für kommunale Prävention aus. Der Preis soll dazu beitragen, das vorhandene Engagement in den Kommunen stärker anzuerkennen, die Öffentlichkeitswirkung für die kommunale Prävention zu erhöhen und Qualitätsstandards für die kommunale Prävention weiter zu etablieren. Als Zielgruppe für den Preis sind in der Satzung ausschließlich Mitgliedsorganisationen des LPR aus dem Bereich der kommunalen Präventionsgremien festgelegt. Bis zu drei gleichberechtige Preise werden in jeder Runde von einer unabhängigen Jury vergeben. Mit der Auszeichnung ist ein Preisgeld in Höhe von jeweils 5.000 Euro verbunden. Am 16. Januar 2024 fand zum zweiten Male (nach 2023) die Verleihung des Präventionspreises statt. Diesmal wurden die Präventionsgremien der Landeshauptstadt Hannover und der Gemeinde Rastede ausgezeichnet. Für das Jahr 2025 ist eine erneute Ausschreibung des Preises geplant.

PreisträgerInnen des Preises
für kommunale Prävention 2024
mit Justizministerin Dr. Wahlmann
(3. von rechts)

Für die aktuell drei **Förderrichtlinien** des LPR waren in 2024 erneut Antragstellungen möglich. Gemäß der Förderrichtlinien werden lokale Projekte zur „Prävention von sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen", zur „Stärkung der kommunalen Kriminalprävention" und zur „Prävention von Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger*innen" unterstützt. Die Projektanträge wurden durch die LPR-Geschäftsstelle in einem Mehr-Augen-Prinzip gesichtet und bewertet; anschließend wurde im LPR – Vorstand darüber entschieden. Der Endbericht der externen Evaluation der Förderrichtlinien für den Zeitraum 2022 – 2023 wurde veröffentlicht und auf der LPR-Webseite zum Download eingestellt.



Opferschutz

In der Bundesrepublik wird der Opferschutz im Rahmen der föderalen Organisation von den Bundesländern eigenverantwortlich wahrgenommen. Die Bundesländer engagieren sich durch verschiedene Maßnahmen, um die Situation von Betroffenen von Straftaten und Menschenrechtsverletzungen zu verbessern und ihnen geeignete Unterstützung anbieten zu können. Opferschutz und Opferhilfe haben in Niedersachsen in den letzten Jahren zunehmend an Relevanz gewonnen, da die Unterstützung von Opfern einer hohen, gesellschaftlichen Verantwortung obliegt und zudem ein rechtlicher Auftrag ist. Der Schutz und die Unterstützung von Opfern sind elementare Hilfen im Rahmen der Bewältigungsarbeit für die Betroffenen. Damit wird ein Beitrag zur Bewältigung der Straftatfolgen geleistet in der Hoffnung, die erlebte Erschütterung in das zukünftige Leben einordnen zu können.

Der rechtliche Rahmen für den Opferschutz in Niedersachsen basiert auf verschiedenen gesetzlichen Regelungen, die sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene verankert sind. Das Strafgesetzbuch (StGB) und das Sozialgesetzbuch (SGB XIV) bilden die zentralen rechtlichen Grundlagen, die den Opferschutz regeln. Diese Gesetze garantieren unter anderem, dass Opfer von Straftaten Anspruch auf Versorgungsleistungen haben und in Strafverfahren als Nebenkläger auftreten können. Darüber hinaus sind die Strafverfolgungsbehörden verpflichtet, die Belange der Opfer zu berücksichtigen und ihnen die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen, einschließlich Informationen über den Stand des Verfahrens und der Möglichkeit, sich in einem geschützten Rahmen zu äußern.

In Niedersachsen sind verschiedene Maßnahmen und Institutionen eingerichtet worden, um den Opferschutz zu gewährleisten und den Betroffenen Unterstützung zu bieten. Zahlreiche Organisationen und Einrichtungen haben sich auf den Opferschutz spezialisiert und bieten umfassende Beratungs- und Unterstützungsangebote an. Ein weiterer wichtiger Aspekt des Opferschutzes ist die Prävention. Durch Aufklärungsarbeit und Sensibilisierungskampagnen sollen potenzielle Opfer über ihre Rechte informiert und ermutigt werden, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Schulen, Gemeinden und soziale Einrichtungen spielen dabei eine entscheidende Rolle, um das Bewusstsein für das Thema Opferschutz zu schärfen.

Der Opferschutz wird als „Querschnittsaufgabe“ betrachtet, welche die verschiedenen Ressorts in unterschiedlicher Intensität betrifft und daher ressortübergreifend angegangen wird. Um die Zuständigkeiten innerhalb der Landesregierung zu klären, wurde die „Opferschutzkonzeption der Niedersächsischen Landesregierung“ erarbeitet, welche die Mindeststandards der EU-Richtlinie 2012/29/EU konkretisiert. Zur Umsetzung der in dieser Konzeption beschriebenen Maßnahmen und Ziele wurden die Aufgaben im Landespräventionsrat Niedersachsen beim Niedersächsischen Justizministerium gebündelt. Dies wurde durch die Einrichtung der Fachstelle Opferschutz, die am 1. Januar 2012 in Kraft trat, formalisiert.

Die Fachstelle Opferschutz hat das Ziel, die im europäischen Recht verankerten Opferrechte umzusetzen und allen Betroffenen von Straftaten sowie deren Angehörigen einen „Zugang zum Recht“ zu ermöglichen. Zu diesem Zweck wurde die landeseinheitliche Internetpräsenz https://www.opferschutz-niedersachsen.de eingerichtet. Die Website bietet Geschädigten, deren Angehörigen und betroffenen Dritten differenzierte Informationen. Diese sind nach verschiedenen Betroffenengruppen strukturiert. So ist es den Nutzern möglich, bedarfsorientierte Informationen über ihre Rechte sowie über lokale Hilfsangebote in Niedersachsen zu finden.

Der Opferschutz hat in Niedersachsen in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Die Sicherheit durch rechtliche Rahmenbedingungen, Beratungsangebote und Präventionsmaßnahmen gibt Opfern von Straftaten eine Stimme und bietet ein Fundament, die Folgen ihrer schmerzhaften Erfahrungen zu bewältigen. Trotz allen Bemühens bleibt es eine kontinuierliche Aufgabe, den Opferschutz stetig zu verbessern und die Gesellschaft für die Belange von Opfern zu sensibilisieren. Diese Sensibilisierungsarbeit setzt eine enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren im Bereich Opferschutz – von der Polizei über die Justiz bis hin zu sozialen Einrichtungen – voraus, um eine bedarfsgerechte Unterstützung für Betroffene zu gewährleisten.

Wichtige Aktivitäten im Jahr 2024

Die Arbeitsgruppe (AG) Ressorts zum Thema Opferschutz, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des Niedersächsischen Ministerium des Inneren und Sport, dem Niedersächsischen Kultusministeriums und dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, unter der Leitung der Fachstelle Opferschutz, hat nach einer längeren Unterbrechung ihre Arbeit wieder aufgenommen.
Ein wichtiger Aspekt der AG ist die Förderung des Austauschs zwischen den verschiedenen Ressorts. Durch eine enge Zusammenarbeit können Synergien genutzt und effektive Maßnahmen entwickelt werden. Dies ist besonders wichtig, um eine umfassende und koordinierte Unterstützung für Betroffene sicherzustellen. Dazu wird die AG regelmäßig Sitzungen abhalten, um aktuelle Themen zu diskutieren, bestehende Initiativen zu evaluieren und neue Projekte zu planen.

Koordinierungsstelle des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte

Landesprogramm
für Demokratie
und Menschenrechte

Das ressortübergreifende Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte hat zum Ziel, politisch motiviertem Extremismus entgegenzuwirken und die Demokratie in Niedersachsen zu festigen. Die Koordinierungsstelle des Landesprogramms ist beim Landespräventionsrat im Justizministerium angesiedelt. Zu ihren Kernaufgaben gehört die Qualitätsentwicklung. Erfolgreiche Prävention muss theoretisch gut begründet, zielgerichtet und nachhaltig wirksam sein. Wir gehen Wissenschaftskooperationen ein, geben Forschungsanalysen in Auftrag, lassen Handlungsempfehlungen für die Praxis entwickeln und organisieren Wissenstransfer durch Veröffentlichungen oder Fachveranstaltungen. Wir fördern die Entwicklung, Verbreitung und Implementierung von wirksamen Präventions-Programmen und erproben sie mit unseren staatlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern in unserem landesweiten Fachkräftenetzwerk.

Wichtige Aktivitäten im Jahr 2024

Wissenschaftliche Gutachten und Empfehlungen

Wir haben 2024 erstmals ein Handbuch für Fachkräfte der Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung veröffentlicht. Es enthält Empfehlungen für wissenschaftlich nachgewiesene Methoden, um Radikalisierungsprozessen in den Extremismus entgegenzuwirken und demokratiestärkende Kompetenzen zu vermitteln. Die Praxisempfehlungen sind für Fachkräfte geeignet, die in ihrer Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen langfristig positive Veränderungen erreichen möchten.

Praxishandbuch_Demokratiefoerderung_
Radikalisierungspraevention.pdf
(https://www.niedersachsen.de)

Die Universität Greifswald hat außerdem ein wissenschaftliches Gutachten zu digitalem Hass in Niedersachsen vorgelegt.

Informationen zur Koordinierungsstelle
Landesprogramm Demokratie und Menschenrechte:

https://lpr.niedersachsen.de/angebote/information-beratung/informationen-zur-koordinierungsstelle-landesprogramm-demokratie-und-menschenrechte/

Diese Befunde und Handlungsempfehlungen wurden auf einem Fachtag im Netzwerk diskutiert.

Programme im Praxistest

Die Friedrich-Schiller-Universität Jena hat ein Präventionsprogramm für das Jugendalter konzipiert unter dem Titel „**Bleib menschlich**“. Es besteht aus sechs Modulen, die sich mit Entwicklung der Identität, der sozialen und moralischen Fähigkeiten, mit der Prävention von Vorurteilen, mit Ideologie, mit Menschenrechten und Werten, Courage und Empowerment befassen. Zielgruppe sind 14 – 15jährige Schüler(innen) aller Schulformen. Das Pilotprogramm wurde 2024 an niedersächsischen Schulen unterschiedlicher Schulformen erprobt und auf seine Wirkung untersucht. Die ersten positiven Zwischenergebnisse werden den Projektbeteiligten in einer Fachtagung Anfang 2025 vorgestellt.

Außerdem wird das neu entwickelte Analyse- und Auswertungstool CTC:RP zur zielgenauen Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung bei jungen Menschen in Niedersachsen bundesweit zum ersten Mal erprobt. CTC:RP steht für „**C**ommunities **T**hat **C**are: **R**adikalisierungs**p**rävention“. Mit diesem Instrument können Verantwortliche auf lokaler Ebene Radikalisierungsrisiken bei Jugendlichen frühzeitig erfassen und nachhaltig wirksame Präventionsstrategien entwickeln. CTC:RP ermöglicht eine empirisch belegte, signifikante Vorhersage von Radikalisierungstendenzen bei Schüler*innen und gibt konkrete Hinweise für geeignete Maßnahmen zur Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention. CTC:RP wurde auf Initiative des Niedersächsischen Landespräventionsrats und in Kooperation mit den Universitäten Jena und Hildesheim entwickelt. In sechs niedersächsischen Kommunen wurden Schülerbefragungen durchgeführt, Auswerteberichte erstellt und erste Maßnahmen erprobt.

Maßnahmen gegen digitalen Hass

Hass und Hetze im digitalen Raum sind ein besorgniserregendes Phänomen. Menschen werden verletzt, abgewertet, verleumdet, mit sprachlicher Gewalt überzogen. Betroffen sind besonders Menschen in öffentlichen Ämtern und Funktionen und Menschen mit Migrationsgeschichte, Geflüchtete, queere Menschen oder Menschen mit Behinderungen, also Gruppen und Minderheiten, die in der Demokratie besonderen Schutz verdienen. In dem Förderprojekt „Digitaler Schutzengel“ haben wir 2024 deshalb den Einsatz einer innovativen KI-gestützten Anwendung getestet, mit deren Hilfe Betroffene von digitalem Hass auf ihren Social Media Accounts Hassbotschaften besser erkennen, kategorisieren und anzeigen können. Das Projekt wird vom Startup-Unternehmen Penemue in Kooperation mit der Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft[1] gegen Hasskriminalität im Internet in Göttingen entwickelt und durchgeführt. Im zweiten Projekt „Hateshield“ wurden 2024 von der Amadeu Antonio Stiftung Schutzkonzepte gegen digitalen Hass, insbesondere für von Rassismus betroffene Personen in Niedersachsen erarbeitet. Alle Ergebnisse und Erkenntnisse aus diesen Maßnahmen sollen in 2025 zusammengeführt und auf einer Wissensplattform veröffentlicht werden.

https://ldz-niedersachsen.de/

https://lpr.niedersachsen.de/themen/
radikalisierungspraevention-demokratiefoerderung/

1 Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet – Niedersachsen (ZHIN)

Landesaktionsplan gegen Rassismus

Die rechtsterroristischen Anschläge von Halle und Hanau (2019, 2020) sowie die Zunahme rassistisch und antisemitisch motivierter Hasskampagnen und Straftaten zeigen, dass die demokratische Gesellschaft in ihrem Kern angegriffen wird und verwundbar ist. Der Landtag hat daher in einem Entschließungsantrag die Umsetzung eines Landesaktionsplans gegen Rassismus zum Thema gemacht und der Koordinierungsstelle des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte hierfür Personal und Sachmittel zur Verfügung gestellt. In 2024 wurde damit zunächst ein Angebot für Rassismus kritische und diskriminierungssensible Organisationsentwicklung (OE) geschaffen. Dabei wurden zehn OE-Prozesse in Unternehmen, Kommunen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Polizeidienststellen begleitet und unterstützt.

Maßnahmen zur Antisemitismusprävention

Um dem wachsenden Antisemitismus wirkungsvoll zu begegnen, kommt der Institution Schule eine zentrale Rolle zu. Die Fachgruppe Antisemitismusprävention im Landesprogramm hat deshalb eine Initiative zur Lehrkräftebildung gestartet. Ziel ist es, niedersächsische Schulen in Zukunft besser dabei zu unterstützen, Antisemitismus zu erkennen und seinen unterschiedlichen Formen wirksam zu begegnen. Antisemitismusprävention soll als fachübergreifende pädagogische Aufgabe verstanden werden. Lehrkräfte und Schüler*innen sollen verstärkt über Formen von Alltagsantisemitismus und Verschwörungsmythen aufgeklärt werden und jüdisches Leben unmittelbar kennenlernen. Außerdem sollen angehende Lehrkräfte schon während der Ausbildung mehr über Erscheinungsformen von Antisemitismus erfahren und mehr Möglichkeiten erhalten, sich über den pädagogischen Umgang mit der jüdischen Lebenswelt, Kultur und Geschichte und dem Staat Israel auszutauschen.

Auf dem Niedersächsischen Bildungsportal steht online ein neues Informationsangebot zum Thema Antisemitismus bereit. Es bietet pädagogischen Fachkräften und der interessierten Öffentlichkeit einen Überblick über Definitionen, Entwicklungen und Erscheinungsformen von Antisemitismus und informiert über geschichtliche und politische Hintergründe. Man findet dort Kontaktadressen für Fortbildungen und Beratung, Meldestellen und Präventionsmaßnahmen. Außerdem gibt es Hinweise auf Veranstaltungen, Praxisprojekte und Orte der Erinnerungskultur.

Antisemitismus: Portal Demokratiebildung
(https://www. bildungsportal-niedersachsen.de)

Eine Arbeitsgruppe aus Vertreter*innen der Hochschulen, Regionalen Landesämter für Schule und Bildung, Lehrerkompetenzzentren und Studienseminaren arbeitet gleichzeitig an der Entwicklung eines landesweiten Zertifikats für antisemitismuskritische Bildung in Schule und Unterricht. Das Zertifikat soll zum Wintersemester 2025/2026 Lehramtsstudierenden aller Fächer und Schulformen an allen Hochschulen Niedersachsens zur Verfügung stehen.

Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen

landes-
demokratiezentrum
niedersachsen

Gefördert vom
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!

Als Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen (L-DZ) setzen wir das Bundesprogramm „Demokratie leben!" (BMFSFJ) in Niedersachsen um. Grundlegendes Ziel ist es, zur Stärkung der demokratischen Kultur im Land beizutragen. Dazu gehört die Förderung und Ausgestaltung einer landesweiten funktionierenden zivilgesellschaftlich organisierten Beratungs-, Informations- und Vernetzungsstruktur. Auf diese Weise stellen wir konkrete Unterstützungsangebote im Umgang mit Rechtsextremismus, religiös-begründeter Radikalisierung (Islamismus), Antisemitismus, Rassismus und weiteren demokratiefeindlichen Phänomenen sicher. Außerdem vernetzen wir kommunale Partnerschaften für Demokratie, staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure und halten eigene Workshop- und Vortragsangebote vor. Einen Überblick zu unserer Arbeit und der Arbeit der zivilgesellschaftlichen Beratungsangebote und Projekte bietet https://www.ldz-niedersachsen.de

Wichtige Aktivitäten im Jahr 2024

Am 23.09.2024 haben wir die jährliche Demokratiekonferenz unter dem Thema „Antifeminismus begegnen" in Hannover ausgerichtet. Akteure des Bundesprogramms „Demokratie leben!" aus ganz Niedersachsen, darunter Vertreterinnen und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Beratungsangeboten wie der „Betroffenenberatung" und der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus" sowie aus den kommunalen „Partnerschaften für Demokratie" widmeten sich u.a. Fragestellungen, wie antifeministische Erzählungen widerlegt werden können, und wie Frauen als „Türöffnerinnen in die rechte Szene" agieren. Im Hauptvortrag durch das Verbundprojekt „Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken" wurden Erkenntnisse aus dem zivilgesellschaftlichen Lagebild Antifeminismus des Projektes „https://www.antifeminismus-melden.de" vorgestellt und verdeutlicht, dass Antifeminismus als niedrigschwelliges Einfallstor in autoritäres und rechtsextremes Gedankengut fungiert. Zur Ergebnissicherung wurden aus den Vorträgen und Workshops während der Veranstaltung als Graphic Recording festgehalten (siehe Seite 25).

Im Frühjahr 2024 startete das Projekt „Ent-täuscht" sein Angebot zur Ausstiegshilfe aus verschwörungsideologischen Szenen. Das Angebot von „ent-täuscht" richtet sich an Menschen, die sich in verschwörungsideologischen Kontexten bewegen und aus diesem Umfeld aussteigen wollen. Bei diesem Prozess werden sie durch das Team von „ent-täuscht" unterstützt und beraten. Wesentlicher Bestandteil der Ausstiegsarbeit ist u.a. die kritische Reflexion des Medienverhaltens, die Aufarbeitung von Konflikten mit sozialen Umfeldern, die Abwendung einer feindlichen Haltung gegenüber der Verfassung und rechtsstaatlichen Institutionen und die Förderung einer demokratischen Grundhaltung. Neben der Beratung der Ausstiegswilligen nehmen sich die Mitarbeitenden des Ausstiegsprojektes auch solcher Personen an, die in ihrem Umfeld auf verschwörungsgläubige Menschen stoßen und bei diesen einen Wunsch zur Veränderung der eigenen Lebenssituation wahrnehmen. Unter der Webadresse https://www.ent-taeuscht.de finden Betroffene auch online Informationen zum Thema Ausstieg aus verschwörungsideologischen Mustern und Strukturen und dem dazugehörigen Beratungsprozess.

Im Rahmen des Projektes „Afrotopia NDS – Schwarze Lebenswelten Niedersachsen" hat der Träger Schwarze Schafe e.V. einen eigenen Podcast mit dem Namen „Afrotopix" entwickelt. Im Afrotopix Podcast begrüßt Modou Diedhiou spannende Gäste aus Kunst, Gesellschaft, Politik, Wissenschaft und (PoP-)Kultur, die ihre intersektionalen Lebensrealitäten als Schwarze Menschen in Deutschland beleuchten. Zum Streaming geht es unter https://afrotopia-nds.de/afrotopix-podcast/

Am 26.10.2024 hat die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus – für Demokratie ihre Landeskonferenz unter der Überschrift „Status quo der extremen Rechten: Rückblick, Ausblick und zivilgesellschaftliche Handlungsstrategien" in Hannover veranstaltet. In Workshops und Fachvorträgen wurde über neue Erscheinungsforme und Strategien rechtsextremistischer Phänomene ebenso informiert wie über Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft in städtischen und ländlich geprägten Umfeldern.
Mehr Infos unter https://www.mbt-niedersachsen.de

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS Niedersachsen) hat im Juni 2024 ihren Jahresbericht 2023 vorgestellt. Die Folgewirkungen der Terroranschläge der islamistischen Hamas gegen den Staat Israel vom 7. Oktober 2023 und der Eskalation der Gewalt im Nahen Osten sind auch hier klar spürbar. Im Jahr 2023 wurden in Niedersachsen 331 antisemitische Vorfälle durch RIAS dokumentiert, was einer alarmierenden Zunahme um 61 % im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Die Vorfälle beinhalten eine Vielzahl von Gewaltakten, wie Angriffe, Bedrohungen und Sachbeschädigungen. Obwohl diese Zahlen beunruhigend sind, wird angenommen, dass die tatsächliche Dunkelziffer der Vorfälle noch wesentlich höher liegt. Die Qualität der dokumentierten Vorfälle blieb weiterhin hoch, einschließlich eines Falls extremer Gewalt und einer Zunahme von gewalttätigen Angriffen. Die am häufigsten dokumentierte Form von Antisemitismus im Jahr 2023 war der israelbezogene Antisemitismus, der in 46 % der Fälle dokumentiert wurde. Dieser antisemitischen Erscheinungsform wurde gefolgt von Post-Schoa-Antisemitismus (43%), antisemitischem Othering (41%), Antijudaismus (18%) und modernem Antisemitismus (16%). Mehrfache Zuordnungen sind möglich. Die Bandbreite der antisemitischen Vorfälle zeigt, dass Antisemitismus in Niedersachsen ein komplexes und vielschichtiges Problem ist, das sowohl historische als auch zeitgenössische Erscheinungsformen umfasst. Details zu RIAS und den Bericht selbst finden Sie unter https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/rias-niedersachsen/

Qualität und Qualifizierung
in der Kriminalprävention

Beccaria

Kriminalprävention ist ein Arbeitsfeld, welches fortlaufend wächst und sich verändert. Bei der Vielzahl sich stets wandelnder Phänomene werden diejenigen, die in dem Bereich arbeiten, seit Jahren mit einem stetig steigenden Qualitätsanspruch konfrontiert. Dem Professionalitätsanspruch insbesondere Berufstätiger, die sich nebenberuflich weiterqualifizieren möchten, steht mittlerweile ein gut ausgebautes Weiterbildungsangebot gegenüber. Die Beccaria-Qualitätsinitiative hat verschiedene Angebote entwickelt, z.B. das jährliche Beccaria-Qualifizierungsprogramm Kriminalprävention. Personen, die den Wirkungsgrad ihrer Arbeit verbessern wollen, die im Handlungsfeld der Kriminalprävention mehr Wissen und Fachkenntnisse erlangen möchten, absolvieren das Beccaria-Qualifizierungsprogramm zur Fachkraft Kriminalprävention. Die modulare Weiterbildung – bestehend aus den vier Modulen (Kriminologie, Kriminalprävention, Projektmanagement und Projektbegleitung) – bietet der Landespräventionsrat Niedersachsen seit 2008 an.
Mehr Infos unter
https://www.beccaria-qualifizierungsprogramm.de

„Beccaria Fachkräfte Kriminalprävention" 2024

Ein weiterer und relativ neuer Baustein unserer Qualitätsinitiative ist der berufsbegleitende Masterstudiengang Kriminologie und Kriminalprävention an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) / Berlin Professional School (BPS). Der Studiengang verbindet in 11 Modulen den Stand der Forschung und neueste Erkenntnisse von Präventionswissenschaft und Präventionspraxis. Mit dieser Hochschulausbildung können theoretische, evidenzbasierte Erkenntnisse für die Praxis nutzbar gemacht werden. Die Zielgruppe dieses akademischen Studiums sind Personen, die im Feld der Kriminalprävention arbeiten, z. B. in Präventionsgremien, bei der Polizei, in der Bewährungshilfe, in kommunalen Verwaltungen, in der Sozialen Arbeit, Kinder- und Jugendhilfe, Wirtschaft, Kriminalpolitik, in Behörden, Vereinen oder Verbänden. Voraussetzung für den Hochschulzugang im Masterstudiengang ist ein abgeschlossenes Erststudium und mindestens ein Jahr qualifizierte Berufserfahrung, um dem hohen Theorie-Praxis-Bezug gerecht werden zu können. Die Besonderheit des Studienganges besteht darin, dass es sich um eine bundesweit einmalige Kooperation zwischen der HWR / BPS, dem Landespräventionsrat Niedersachsen im Niedersächsischen Justizministerium (LPR), dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) und der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) handelt. Diese Bündelung von Experten ist eines unserer besonderen Qualitätsmerkmale.[2]

2 Detailliertere Informationen zu dem Studiengang:
https://lpr.niedersachsen.de/fort-und-weiterbildung/masterstudiengaenge-kriminalpraevention/
https://www.berlin-professional-school.de/master/berufsbegleitend-studieren/master-kriminologie-und-kriminalpraevention

Wichtige Aktivitäten im Jahr 2024

Im Dezember 2024 wurden erneut 25 „Beccaria Fachkräfte der Kriminalprävention" zertifiziert. Die Nachfrage nach dem Qualifizierungsprogramm ist unverändert sehr hoch. Im Laufe der letzten 17 Jahre haben mehr als 400 Praktiker*innen unsere Qualifizierung durchlaufen.

Im WS 2024/2025 (18. Oktober) startete in Berlin der zweite Durchgang / Jahrgang des berufsbegleitenden „Masterstudiengangs Kriminologie und Kriminalprävention" an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) und ihrer Berlin Professional School (BPS). Der weiterbildende Masterstudiengang, der im viersemestrigen Blended-Learning-Format angeboten wird, stößt auf eine große Resonanz. Insgesamt gab es zum WS 2024/2025 35 Studienplätze und 183 Bewerbungen. Davon haben sich 14 Interessent*innen aus Niedersachsen auf ein der zwei Teilstipendien beim Landespräventionsrat Niedersachen beworben. Die Justizministerin hat im Rahmen des berufsbegleitenden Masterstudiengangs im Oktober 2024 zwei „Niedersachsenstipendien" vergeben. Mit diesen Teilstipendien fördert der LPR Studierende, die ihren Wohnsitz in Niedersachsen haben. Die Stipendien, die auch 2025/2026 zur Verfügung stehen werden, sind für den LPR Niedersachsen eine wichtige und gezielte Investition in zukünftige Fach- und Führungskräfte.

„Stipendiatinnen des berufsbegleitenden Masterstudiengangs Kriminologie und Kriminalprävention" 2024 mit Justizministerin Dr. Wahlmann (Bildmitte)

Sicherheit im Städtebau

Sicherheitspartnerschaft
im Städtebau
in Niedersachsen
Impulse für Lebensqualität

Sicher Leben und sicher Wohnen sind zwei Zielsetzungen, die sich in den Leitgedanken des Landespräventionsrats Niedersachsen wiederfinden. Es ist ein grundlegendes menschliches Bedürfnis, sich in der eigenen Wohnung und in der jeweiligen Lebensumgebung wohl und sicher zu fühlen. Daher spielt die Kriminalprävention im Städtebau im Landespräventionsrat eine wichtige Rolle. In Niedersachsen gibt es die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau (SiPa), die im LPR koordiniert wird. Dort sind 20 staatliche und private Akteure aus den Bereichen Sicherheit, Bau, Planung und Wohnen vertreten, die gemeinsam daran arbeiten, die Sicherheit im jeweiligen Wohnumfeld zu erhöhen und damit Beiträge leisten, die Lebensqualität der Bürger:innen zu verbessern.

Die SiPa entwickelt praxisnahe Instrumente, die es ermöglichen, Wohnhäuser und öffentliche Plätze hinsichtlich ihrer Sicherheit zu planen oder zu bewerten. Zudem vergibt die SiPa ein Qualitätssiegel für sicheres Wohnen an Wohnungsunternehmen.

Wichtige Aktivitäten im Jahr 2024

Die Neue Leipzig-Charta fordert sichere und hochwertige öffentliche Räume sowie gut ausgebaute Infrastrukturen, damit Stadtviertel lebendig werden. Vor diesem Hintergrund hat die SiPa den „Leitfaden zur Beratung und Bewertung von Quartieren unter kriminalpräventiven Aspekten“ entwickelt. Im Jahr 2024 wurde ein Qualifizierungskonzept zum Leitfaden erstellt. In Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Wirtschaftsministerium soll die Entwicklung eines Online Tools in 2025 in Auftrag gegeben werden. Damit möchte die SiPa die Verbreitung und Nutzung des Leitfadens in der kommunalen Praxis fördern und erleichtern.

Darüber hinaus hat die Jury das 70. Qualitätssiegel für sicheres Wohnen vergeben. Dieses wird am 15. Januar 2025 von Frau Justizministerin Dr. Wahlmann an die Nibelungen-Wohnbau-GmbH in Braunschweig überreicht. Dadurch wird die Attraktivität und Lebensqualität unserer Städte und Gemeinden gesteigert, und die hohe Wohnqualität in Niedersachsen wird sichtbar gemacht.

Mitglieder der Sicherheitspartnerschaft beim Srategie-Workshop 2024

Anhänge

I. Mitgliederliste

Name	Ort	Institution
Arbeitskreis Prävention Wallenhorst	Wallenhorst	Kommunales Präventionsgremium
Arbeitskreis Prävention Apen	Apen	Kommunales Präventionsgremium
Arbeitskreis Prävention Bad Gandersheim	Bad Gandersh.	Kommunales Präventionsgremium
zArbeitskreis Prävention Westerstede	Westerstede	Kommunales Präventionsgremium
Braunschweiger Präventionsrat	Braunschweig	Kommunales Präventionsgremium
FIPS e.V. - Für Integration, Prävention und Sozialarbeit	Einbeck	Kommunales Präventionsgremium
Geschäftsstelle Kriminalprävention beim Landkreis OS	Osnabrück	Kommunales Präventionsgremium
Initiative für Erziehung und Schule vor Ort e.V	Neuenkirchen	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Kriminalpräventionsrat Celle	Celle	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat (KPR) Stadt Bad Harzburg	Bad Harzburg	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat Cuxhaven	Cuxhaven	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat der Gemeinde Ovelgönne	Ovelgönne	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat der Gemeinde Werlte	Werlte	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat der Samtgem. Hankensbüttel	Hankensbüttel	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat der Samtgem. Schöppenstedt	Schöppenstedt	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat der SG Tarmstedt	Tarmstedt	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat der Stadt Emden	Emden	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat der Stadt Meppen	Meppen	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat des Landkreises Peine	Peine	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat Döhren-Wülfel	Hannover	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat Gemeinde Hatten	Hatten	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat Goslar	Goslar	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat Hannover	Hannover	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat Langenhagen	Langenhagen	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat Samtgemeinde Freren	Freren	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat Stadt Delmenhorst	Delmenhorst	Kommunales Präventionsgremium
Kommunaler Präventionsrat Stadt Hemmingen	Hemmingen	Kommunales Präventionsgremium
KPR der Samtgemeinde Elm - Asse	Schöppenstedt	Kommunales Präventionsgremium
Kreispräventionsrat Ammerland	Westerstede	Kommunales Präventionsgremium
Kreispräventionsrat Emsland	Meppen	Kommunales Präventionsgremium
Kreispräventionsrat im Heidekreis e. V.	Bad Fallingbost.	Kommunales Präventionsgremium
Kreispräventionsrat Lüchow-Dannenberg	Lüchow	Kommunales Präventionsgremium
Kriminalpräventionsrat der Stadt Osnabrück	Osnabrück	Kommunales Präventionsgremium
Kriminalpräventionsrat Lüneburg	Lüneburg	Kommunales Präventionsgremium
Kriminalpräventionsrat Papenburg	Papenburg	Kommunales Präventionsgremium
Kriminalpräventionsrat Stade (KPRS)	Stade	Kommunales Präventionsgremium
Kriminalpräventiver Rat Nordhorn	Nordhorn	Kommunales Präventionsgremium
Lenkungsausschuss zur Präventionsarbeit i. d. Stadt Seelze	Seelze	Kommunales Präventionsgremium
Lenkungsgruppe Kriminalprävention Wolfsburg	Wolfsburg	Kommunales Präventionsgremium
Lenkungsgruppe Prävention im Altkreis Wittlage	Bohmte	Kommunales Präventionsgremium
Lenkungsgruppe Prävention im Altkr. Wittlage / Bad Essen	Bad Essen	Kommunales Präventionsgremium
Netzwerk gegen Gewalt an Frauen	Helmstedt	Kommunales Präventionsgremium
Netzwerk Prävention der Gemeinde Uetze	Uetze	Kommunales Präventionsgremium
Netzwerk Prävention im Papenteich	Meine	Kommunales Präventionsgremium
NorA- Nordstemmer Aktionsbündnis für Familie, Jugend und Prävention	Nordstemmen	Kommunales Präventionsgremium
PaC (Prävention als Chance) – Kommunales Präventionsmanagement	Göttingen	Kommunales Präventionsgremium
Prävention im Blick	Diepholz	Kommunales Präventionsgremium
Präventions-Aktivkreis der Samtgem. Bruchhausen-Vilsen	Bruchh.-Vilsen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsarbeit Rosengarten e. V.	Rosengarten	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsbeirat der SG Hagen	Hagen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsbündnis für ein friedfertiges Gifhorn	Gifhorn	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsforum Neu Wulmstorf	Neu Wulmstorf	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsnetzwerk Langen	Langen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Ganderkesee	Ganderkesee	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Ronnenberg	Ronnenberg	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Bad Pyrmont	Bad Pyrmont	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Bad Zwischenahn	Bad Zwischena.	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Barsinghausen	Barsinghausen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Belm	Belm	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Bissendorf	Bissendorf	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Bockhorn	Bockhorn	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Brake	Brake	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Buchholz-Kleefeld	Hannover	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Burgwedel	Burgwedel	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Buxtehude	Buxtehude	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Cloppenburg e.V.	Cloppenburg	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Gemeinde Bad Rothenfelde	Bad Rothenf.	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Gemeinde Berne	Berne	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Gemeinde Beverstedt	Beverstedt	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Gemeinde Dötlingen	Dötlingen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Gemeinde Faßberg	Faßberg	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Gemeinde Großenkneten	Großenkneten	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Gemeinde Hude	Hude	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Gemeinde Steinfeld (Old.)	Steinfeld	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Gemeinde Twist	Twist	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Gemeinde Westoverledingen	Westoverled.	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Gemeinde Weyhe	Weyhe	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Gemeinde Winsen (Aller)	Winsen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Gemeinde Worpswede	Worpswede	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Samtgemeinde Bersenbrück	Bersenbrück	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Samtgemeinde Dörpen	Dörpen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Samtgemeinde Dransfeld	Dransfeld	Kommunales Präventionsgremium
PräventionsgremiumPräventionsrat der SG Hattorf am Harz	Hattorf	Kommunales Präventionsgremium

Präventionsrat der Samtgemeinde Hemmoor	Hemmoor	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Samtgemeinde Lathen	Lathen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Samtgemeinde Schwarmstedt e.V.	Schwarmstedt	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Samtgemeinde Sittensen	Sittensen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Samtgemeinde Sögel	Sögel	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Samtgemeinde Zeven	Zeven	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Samtgemeinden Nenndorf und Rodenb.	Bad Nenndorf	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Bad Lauterberg im Harz	Bad Lauterberg	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Bassum	Bassum	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Bramsche	Bramsche	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Burgdorf	Burgdorf	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Damme	Damme	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Dinklage	Dinklage	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Dissen am Teutoburger Wald	Dissen am T. W.	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Georgsmarienhütte	Georgsmarienh.	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Haren (Ems)	Haren (Ems)	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Helmstedt	Helmstedt	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Osterholz-Scharmbeck	Osterholz-Sch.	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Schortens	Schortens	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Seesen	Seesen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Sehnde	Sehnde	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat der Stadt Visselhövede	Visselhövede	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Diepholz	Diepholz	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Elbtalaue	Dannenberg (E.)	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Elsfleth	Elsfleth	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Essen	Essen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Friesoythe e.V.	Friesoythe	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat für die Stadt Göttingen	Göttingen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat für die Stadt Nordenham	Nordenham	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Fürstenau	Fürstenau	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Garbsen	Garbsen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Garrel	Garrel	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat gegen Gewalt und Kriminalität Salzgitter e.V.	Salzgitter	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Gemeinde Hilter	Hilter	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Gemeinde Schladen/Werla	Schladen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Grafschaft Hoya e.V.	Hoya/Weser	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Hagen a.T.W.	Hagen a.T.W.	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Hameln	Hameln	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Hann. Münden	Hann. Münden	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Harpstedt	Harpstedt	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Herzberg am Harz	Herzberg	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Hildesheim	Hildesheim	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat im Harlingerland eV	Wittmund	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat in der Gemeinde Hermannsburg	Hermannsburg	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat in der Samtgemeinde Tostedt	Tostedt	Kommunales Präventionsgremium

Präventionsrat in der Samtgemeinde Uchte	Uchte	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Isernhagen	Isernhagen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Laatzen	Laatzen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Landkreis Holzminden	Holzminden	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Leer (PRL)	Leer	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Lehrte	Lehrte	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Liebenau e.V.	Marklohe	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Lingen (Ems)	Lingen (Ems)	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Lohne (PRL)	Lohne	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Löningen	Löningen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Loxstedt	Loxstedt-Stotel	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Lüchow	Lüchow (W.)	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Moormerland	Moormerland	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Netzwerk Rheiderland	Bunde	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Neustadt a. Rbge.	Neustadt	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Norden	Norden K	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Oldenburg	Oldenburg	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Ostercappeln	Ostercappeln	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Rhauderfehn	Rhauderfehn	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Rinteln	Rinteln	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Rosengarten e.V.	Rosengarten	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Rotenburg (Wümme)	Rotenburg (W.)	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Sarstedt	Sarstedt	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Schöningen	Schöningen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Schwanewede	Schwanewede	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Seevetal e.V.	Seevetal	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Stadland	Stadland	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Stadt Bad Iburg	Bad Iburg	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Stadt Jever	Jever	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Stadt Northeim	Northeim	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Stadthagen wir+	Stadthagen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Staufenberg	Staufenberg	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Stelle	Stelle	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Syke	Syke	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Uelzen	Uelzen/Suhlend.	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Varel	Varel	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Verden e.V.	Verden (Aller)	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Walkenried	Walkenried	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Wangerland	Wangerland	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Wardenburg	Wardenburg	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Wennigsen (Deister)	Wennigsen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Wildeshausen	Wildeshausen	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Wolfenbüttel	Wolfenbüttel	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsverbund der Gemeinde Ostrhauderfehn	Ostrhauderfehn	Kommunales Präventionsgremium
PRE (Präventionsrat Elze)	Elze	Kommunales Präventionsgremium

Pro Alfeld	Alfeld / Leine	Kommunales Präventionsgremium
Quakenbrücker Präventionsrat	Quakenbrück	Kommunales Präventionsgremium
Ritterhuder Präventionsrat	Ritterhude	Kommunales Präventionsgremium
Runder Tisch Nienburg	Nienburg	Kommunales Präventionsgremium
Runder Tisch zur Kriminalitätsprävention	Melle	Kommunales Präventionsgremium
Sozialraum AG Bad Münder / Präventionsrat	Bad Münder	Kommunales Präventionsgremium
Stadt Soltau Präventionskonferenz	Soltau	Kommunales Präventionsgremium
Stadtpräventionsrat Schneverdingen	Schneverdingen	Kommunales Präventionsgremium
Stuhr macht Prävention	Stuhr	Kommunales Präventionsgremium
Team Jugend der Gemeinde Neuenkirchen-Vörden	Neuenkirchen-V.	Kommunales Präventionsgremium
Twistringer Präventionskreis	Twistringen	Kommunales Präventionsgremium
Verein zur Förderung der kommunalen Kriminalprävention Osnabrück e.V.	Osnabrück	Kommunales Präventionsgremium
Verein zur Förderung der kommunalen Präventionsarbeit in Göttingen – komm.pakt e.V.	Göttingen	Kommunales Präventionsgremium
Verein zur Förderung der Kriminalprävention in der Gemeinde Harsum	Harsum	Kommunales Präventionsgremium
Verein zur Förderung kommunaler Prävention gegen Gewalt und Kriminalität im Landkreis Friesland e. V. – Kreispräventionsrat –	Jever	Kommunales Präventionsgremium
Verein zur Förderung kommunaler Prävention in Wilhelmshaven	Wilhelmshaven	Kommunales Präventionsgremium
Verein zur Initiierung und Förderung der Präventionsarbeit gegen Gewalt und Kriminalität in der Samtgemeinde Himmelpforten e.V.	Himmelpforten	Kommunales Präventionsgremium
Wedemärker Präventionsrat	Wedemark	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Haselünne	Haselünne	Kommunales Präventionsgremium
PfAU e.V. Prävention für Aurich	Aurich	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat Achim	Achim	Kommunales Präventionsgremium
Präventionsrat gegen Gewalt und Kriminalität Salzgitter e.V.	Salzgitter	Kommunales Präventionsgremium

ADIM e.V. - Arbeitsgemeinschaft Dialog, Integration und Menschenrechtsbildung	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft Norddeutschland e.V.	Hamburg	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Arbeitsgemeinschaft MigrantInnen und Flüchtlinge Niedersachsen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
baobab-zusammensein e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
BDSW Landesverband Niedersachsen	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Bund Deutscher Kriminalbeamter – Landesverband Niedersachsen	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisationn
Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Deutscher Gewerkschaftsbund Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Niedersachsen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
DVJJ e.V./Landesgruppe Niedersachsen	Göttingen	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Föderation Türkischer Elternvereine in Niedersachsen e.V. (FöTEV-Nds e.V.)	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
gegen-missbrauch e.V.	Göttingen	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Gemeinde-Unfallversicherungsverband Hannover (GUVH) Landesunfallkasse Niedersachsen (LUKN)	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Gewerkschaft der Polizei	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Handelsverband Niedersachsen-Bremen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannover	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
IHK Niedersachsen (IHKN)	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Institut für Gewaltprävention, Selbstbehauptung und Konflikttraining e.V.	Osnabrück	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Katholisches Büro Niedersachsen	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Kinderschutzallianz	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Kobra - Koordinierungs- und Beratungsstelle gegen Menschenhandel e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
LAG der Frauen- und Gleichstellungsbüros Niedersachsen	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
LAG JSA Niedersachsen – Landesarbeitsgemeinschaft der Jugendsozialarbeit in Niedersachsen	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen Niedersachsen / Bremen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik Niedersachsen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landesarbeitsgemeinschaft Niedersachsen für ambulante sozialpädagogische Angebote nach dem Jugendrecht e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landeselternrat Niedersachsen	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landesjugendring Niedersachsen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation

Landesmusikrat Niedersachsen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landesseniorenrat Niedersachsen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
LandesSportBund Niedersachsen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen, Fachreferat der LAG der Freien Wohlfahrtspflege	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landesverband Soziokultur Niedersachsen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung Niedersachsen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Lesben- und Schwulenverband (LSVD) Niedersachsen-Bremen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen (NLS)	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Niedersächsischer Anwalt- und Notarverband im DAV e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Niedersächsischer Integrationsrat	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Niedersächsischer Landkreistag	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Niedersächsischer Richterbund	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Niedersächsischer Städtetag e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Queeres Netzwerk Niedersachsen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Schauspielkollektiv – Neues Schauspiel Lüneburg	Lüneburg	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
SCHLAU Niedersachsen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Sonnenberg Kreis e.V.	St. Andreasberg	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Sportjugend Niedersachsen	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Stiftung Akademie Waldschlösschen	Gleichen	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
theaterpädagogische werkstatt gGmbH	Osnabrück	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Theaterpädagogisches Zentrum der Emsländischen Landschaft e.V.	Lingen (Ems)	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Türkische Gemeinde in Niedersachsen e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Verband der Sozialarbeiter in der Niedersächsischen Strafrechtspflege e.V.	Nordhorn	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Verband Wohneigentum Niedersachsen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Verbund der niedersächsischen Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt	Stadthagen	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
VERDI - Landesbezirksfachbereichsvorstand Justizsozialdienst	Hameln	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
WAAGE Hannover e. V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
WEISSER RING e.V.	Hannover	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Zentrum für Soziale Innovation (umgedacht e. V.)	Oldenburg	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit Niedersachsen e. V.		Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation

AGJÄ - Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter der Länder Niedersachsen und Bremen	Oldenburg	Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation
Landesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt in Niedersachsen		Landesweit tätige nichtstaatliche Organisation

Niedersächsische Staatskanzlei	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsisches Justizministerium	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsisches Kultusministerium	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsisches Landesjugendamt	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung – Drogenbeauftragte –	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung – Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung – Referentin LSBTI* und HIV/Aids	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Landeskriminalamt Niedersachsen	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Niedersächsische Landesschulbehörde, Regionalabteilung Hannover	Hannover	Ministerium, Landesbeauftragte:r und nachgeordnete Behörde
Institut für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim	Hildesheim	Wissenschaftliche Institution
Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen	Hannover	Wissenschaftliche Institution
Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften – Hochschule Braunschweig-Wolfenbüttel	Wolfenbüttel	Wissenschaftliche Institution
Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH an der Universität Hannover	Hannover	Wissenschaftliche Institution

II. Vorstand

Gewählte Vorstandsvorsitzende

Prof. Dr. Ute Ingrid Haas

Gewählte Vorstandsmitglieder aus dem kommunalen Bereich

Melanie Blinzler	Präventionsrat Oldenburg (PRO)
Hermann Lampen	Netzwerk Rheiderland
Anke Wilken	PräventionsNetz Rastede

Gewählte Vorstandsmitglieder aus dem Bereich der landesweit tätigen nichtstaatlichen Organisationen

Anke Egblomassé	Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V.
Thekla Lorenz	LandesSportBund Nds. e.V.
Ali Mustafa	LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e. V.

Gewähltes Vorstandsmitglied aus dem wissenschaftliche Bereich

Dr. Tanja Rusack	Stiftung Universität Hildesheim

Von der Staatskanzlei und den Ministerien benannte Mitglieder

Axel Brockmann	Nds. Ministerium für Inneres und Sport (MI)
Kirsten Böök	Nds. Justizministerium (MJ)
Thomas Castens	Nds. Kultusministerium (MK)
Ute Heilmann	Nds. Staatskanzlei (StK)
Stephan Kassel	Nds. Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung (MS)
Kurt Neubert	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK)

III. Geschäftsführung

Susanne Wolter	Geschäftsführerin
Dr. Andreas Schwegel	stv. Geschäftsführer

IV. Organigramm – Struktur

Struktur des Landespräventionsrates Niedersachsen

VORSTAND

- 1 Vorstandvorsitzende/r
- 3 Vertreter/innen der Mitglieder aus dem kommunalen Bereich
- 3 Vertreter/innen der Mitglieder aus dem Bereich der landesweit tätigen Organisationen
- 1 Vertreter/in der wissenschaft-lichen Institutionen
- 5 Vertreter/innen der Ministerien (MI, MJ, MK, MS, MWK)
- 1 Vertreter/in der Staatskanzlei

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

- Kommunale Präventionsgremien
- Fördervereine und Stiftungen für Kriminalprävention
- Landesweit tätige Organisationen
- Wissenschaftliche Institutionen
- Ministerien, Staatskanzlei,
- Landesbeauftragte und nachgeordnete Behörden

GESCHÄFTSSTELLE

- 1 Geschäftsführer/in
- 1 stellvertretende/r Geschäftsführer/in
- Mitarbeiter/innen

Sinnstiftende Vision	Eine Welt, in der alle Menschen sicher und frei von Kriminalität leben können.				
Gemeinsames Verständnis von Grundwerten	Wir betrachten Kriminalprävention als eine grundsätzliche Haltung und als Investition in die Zukunft.	Wir verstehen Kriminalprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht von einzelnen, sondern von vielen gesellschaftlichen Kräften geleistet werden muss.	Wir respektieren und integrieren die jeweilige Fachlichkeit in der Kriminalprävention und begrüßen die Vielfalt der kriminalpräventiven Ansätze.		
Gemeinsam getragene Ziele	Wir stehen dafür ein, das objektive Kriminalitätsaufkommen zu vermindern und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.	Es ist unser Selbstverständnis, alle mit Kriminalprävention befassten gesellschaftlichen Gruppen an unserer Arbeit zu beteiligen und das bürgerschaftliche Engagement zu stärken.	Wir stärken die kommunale Kriminalprävention.		
Standards der Bewertung und Optimierung von Ergebnissen	Unser Handeln ist darauf ausgerichtet, unsere gesetzten Ziele und Qualitätsstandards zu erfüllen.	Wir verstehen uns als lernende Organisation. Wir reflektieren unsere Konzepte, unser Handeln und unsere Ergebnisse mit dem Ziel, die Qualität und Wirkungsorientierung in der kriminalpräventiven Arbeit zu steigern. Wir sind offen für Veränderungen.	Wir berücksichtigen bei allen Konzepten und Maßnahmen die Auswirkungen auf die unterschiedlichen Lebensverhältnisse, Situationen und Bedürfnisse von Männern und Frauen.		
Konkrete Aktivitäten, Bemühungen und Rahmenbedingungen	Wir sind kompetenter Ansprechpartner für die Kriminalprävention in Niedersachsen.	Wir arbeiten eng mit den kommunalen Präventionsgremien zusammen und kooperieren intensiv mit landesweit tätigen Organisationen in Niedersachsen sowie mit Institutionen und Verbänden innerhalb und außerhalb des Landes.	Gemeinsam entwickeln und realisieren wir Konzepte, Strategien und Handlungsansätze für die kriminalpräventive Arbeit.	Wir fühlen uns den Rechten von Kindern und Jugendlichen besonders verpflichtet.	Gender Mainstreaming ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Der LPR ist das niedersächsische Kompetenzzentrum für Kriminalprävention

Verringerung des Kriminalitätsaufkommens

Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls

Der LPR stärkt die Kriminalprävention auf kommunaler Ebene	Der LPR entwickelt und realisiert Konzepte für die kriminalpräventive Arbeit	Der LPR steigert die Qualität und Wirkungsorientierung in der kriminalpräventiven Arbeit	Der LPR informiert, forscht und gestaltet Wissenstransfer in der Kriminalprävention	Der LPR koordiniert und unterstützt die Netzwerkbildung in der Kriminalprävention
Der LPR stärkt jede Kommune in Niedersachsen darin, eine arbeitsfähige kriminalpräventive Struktur zu entwickeln.	Der LPR analysiert Entwicklungen und Problemlagen.	Der LPR richtet seine internen Arbeitsstrukturen nach QM -Standards aus.	Der LPR organisiert bedarfsorientiert professionelle Weiterbildung.	Der LPR tauscht sich kontinuierlich mit den politisch Verantwortlichen auf Landesebene aus.
Der LPR unterstützt Kommunen bei der Entwicklung und Umsetzung von präventiven Maßnahmen.	Der LPR erstellt Gutachten und Empfehlungen zu Präventionskonzepten.	Der LPR fördert die Verbreitung von wirkungsüberprüften Programmen.	Der LPR trägt Ziele, Inhalte und Methoden der Kriminalprävention in die Öffentlichkeit.	Der LPR kooperiert mit wissenschaftlichen Einrichtungen.
Der LPR fördert die Vernetzung kriminalpräventiver Akteure in Kommunen.	Der LPR ist (Co-)Träger von Projekten und Programmen.	Der LPR unterstützt Akteure bei der Planung und Steuerung einer wirkungsorientierten Präventionsarbeit.	Der LPR initiiert und realisiert Forschungsvorhaben.	Der LPR fördert die Vernetzung von Präventionsbereichen in Niedersachsen.
Der LPR unterstützt das bürgerschaftliche Engagement in der Kriminalprävention.	Der LPR erarbeitet nachhaltige Strategien und Handlungsansätze für die kriminalpräventive Arbeit.			Der LPR kooperiert mit Institutionen außerhalb Niedersachsens.

Herausgegeben von

Landespräventionsrat Niedersachsen
Niedersächsisches Justizministerium
Siebstraße 4
30171 Hannover

www.lpr.niedersachsen.de

Fotos © Privat
ausgenommen Seite 29 rechts (Pressestelle MJ) und Seite 30 unten (Agnes Fleischer)

Gemeinsam präventiv wirken.

Hinschauen, handeln, Kompetenzen stärken.

Demokratie fördern.

Damit alle sicher leben können.

Landespräventionsrat Niedersachsen

Niedersächsisches Justizministerium

Niedersachsen

www.lpr.niedersachsen.de